

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/178

18. September 1974

Strauß als Skandelspezialist

CSU kämpft mit Verleumdung statt mit Sachargumenten

Von Volkmar Gebert MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Seite 1 und 2 / 40 Zeilen

Erfolgreiche Initialzündung

Bilanz einer Reise: Zonenrandförderungsgesetz hat sich bewährt

Von Egon Höhmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Seite 3 und 4 / 84 Zeilen

Märchenerzähler am Werk

Gutes Einvernehmen zwischen hessischem Sozialministerium und BGS

Von Rudi Walther MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses des Bundestages für den BGS

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressekab. 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 38
Telefax: 04 66 345 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Strauß als Skandalspezialist

CSU kämpft mit Verleumdung statt mit Sachargumenten

Von Volkmar Gabert MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag
und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Mit einer Genüßlichkeit, die selbst bei ihm überrascht, setzt sich der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß gegenwärtig mit dem auseinander, was er den "Münchner Vergabeskandal" nennt. Mit der Miene des Biedermanns entrüstet er sich über die angebliche Verschleuderung von Steuermillionen und über die angebliche Förderung von Linksradikalen. Er will entscheiden, wer jetzt noch tragbar oder nicht tragbar ist.

Daß Herr Strauß und seine CSU dabei auf die Tatsachen und insbesondere auf die Wahrheit keine Rücksicht nehmen, ist nach den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate keine Überraschung. Dennoch treibt er hier die Tatsachenverachtung und -verdrehung besonders weit. Denn auch er weiß:

- Das städtische Revisionsamt hat in seinem Bericht ausdrücklich betont: "Vorweg sei erwähnt, daß spektakuläre Enthüllungen, wie sie in einigen Artikeln der Tagespresse angekündigt wurden (z.B. "Millionenskandal"), als Ergebnis der Prüfung nicht vorgelegt werden"...

- Beanstandungen eines Revisionsamtes sind noch keine abschließenden Urteile. Die Äußerungen der Beamten zu den einzelnen Fällen werden viele Details klären und zurechtrücken.

- Dr. Vogel hat mit den beanstandeten Vergaben nichts zu tun. Er hat an ihnen weder dienstlich noch außerdienstlich mitgewirkt. Von den bean-

standaten Details hatte er keine Kenntnis. Viele liegen Oberdies nach seiner Amtszeit als Oberbürgermeister.

- Besonders infam ist die Behauptung, ausgerechnet Dr. Vogel habe Linkeradikale mit Aufträgen versorgt. Gegen den Generalsekretär der CSU, Herrn Tandler, der diese Behauptung als erster aufgestellt hat, sind gerichtliche Schritte in die Wege geleitet.

Die eigentliche Pikanterie des Vorgangs liegt aber darin, daß sich ausgerechnet der Landesvorsitzende der CSU in solchen Fragen als Richter über andere aufspielen möchte. Er sollte wohl lieber an seine eigene Rolle im Zusammenhang mit Fibag und dem Schützenpanzer HS 30 denken und sich daran erinnern, daß er als Verteidigungsminister im Kabinett Adenauer im Zusammenhang mit der Spiegel-Affäre zurücktreten mußte, weil er dem Parlament nicht die Wahrheit gesagt hat. Herr Strauß sollte sich viel lieber um gerichtlich nachgewiesene Grundstücksaffären seiner eigenen Parteifreunde kümmern.

Was er und seine Partei heute tun, ist pure Heuchelei und ein schmutziger Wahlkampftrick. Er und seine Partei sind übernervös und deshalb versuchen sie, einen integeren Politiker, gegen den sie keine Sachargumente finden können, durch eine Rufmordkampagne zu erledigen. Das wird Herrn Strauß und seinen Freunden bei Dr. Vogel nicht gelingen.
(-/18.9.1974/ks/pr)

+ + +

Erfolgreiche Initialzündung

Bilanz einer Reise: Zonenrandförderungsgesetz hat sich bewährt

Von Egon Nöhmann MdG

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

In zwei Reisen, von denen die eine in der letzten Märzwoche, die andere in diesen Tagen stattfand, hat der Innerdeutsche Ausschuß des Bundestages das Zonengrenzgebiet besucht. Ziel der Reise war es, die Auswirkungen des Zonenrandförderungsgesetzes von 1971 zu untersuchen, die Ausstrahlungen der Ostpolitik, insbesondere des Grundvertrages auf das Zonenrandgebiet kennenzulernen und die derzeitige Konjunkturentwicklung in ihrer Wirkung auf das Zonenrandgebiet zu überprüfen.

Die Reise führte von Passau bis Eschwege im ersten Abschnitt. Der zweite Abschnitt brachte den Ausschuß von Schleswig-Holsteins Ostküste bis nach Duderstadt. Schon der weitgespannte Bogen dieser Reise macht deutlich, wie differenziert das Zonenrandgebiet ist. Hier wechseln hochentwickelte Industriegebiete mit solchen, die wirklich am Ende der Welt zu liegen scheinen. Daß der gesamte Raum dennoch unter dem Schicksal der innerdeutschen Grenze steht und von ihr betroffen ist, rechtfertigt seine nachhaltige Förderung und Unterstützung, weil er nur so mit dem ihm gestellten besonderen Problem fertig werden kann. Es war darum durchaus gerechtfertigt, daß auch bei der im August erfolgten Neuabgrenzung der Gebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" das Zonenrandgebiet als Ganzes in der Förderung verblieben ist.

Zusammen mit dem Zonenrandförderungsgesetz sind damit die Voraussetzungen geschaffen, daß die törichte Vorstellung von dem Elendsgebiet als Phrase entlarvt wird. Dabei hat es sehr lange gedauert, bis das Zonenrandförderungsgesetz geschaffen worden ist. Erst die sozialliberale Koalition hat es in die Tat umgesetzt, nachdem man vorher Jahre lang die Zonenrandförderung nur als einen Teil der Regionalförderung sehen wollte und wenig Neigung zeigte, der besonderen Problematik des Raumes auf politischem Gebiet Rechnung zu tragen. Um gleich in medias res zu gehen: es mag wenig Gesetze geben, die mit einem vergleichbaren finanziellen Aufwand einen ähnlich durchschlagenden Erfolg aufweisen können.

Das Zonenrandförderungsgesetz hat mit 80 Millionen DM pro Jahr zusätzlich zu den bestehenden Förderungsmöglichkeiten über das Gesetz "Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" als erfolgreiche Initialzündung gewirkt. So sind beispielsweise die Erholungs- und Freizeitzentren, Kulturzentren, Sport- und Rehabilitationseinrichtungen, die überbetrieblichen Ausbildungsstätten eindrucksvolle Beweise dafür, daß sich seit dem Inkrafttreten des Gesetzes im Zonenrandgebiet vieles zum Besseren gewandelt hat. Daß diese Einrichtungen nicht nur in den wirtschaftsstarke Schwerpunkten des Zonenrandgebietes geschaffen wurden, sondern vielfach dort, wo die besondere Problematik dieses Raumes am deutlichsten wird,

ist ein weiterer Beweis dafür, daß Bund und Länder die Chance des Gesetzes begriffen haben.

Auch die Ostpolitik hat zusätzliche Impulse für den Raum gebracht, selbst wenn dies da und dort aus parteipolitischer Sicht bestritten wurde. Sicherlich wurden nicht alle hochgespannten Erwartungen erfüllt, wie z.B. jene, die davon ausging, nach dem Grundvertrag könne sich ein "Kleiner Grenzverkehr" mit Zollvorteilen wie an manchen westlichen Grenzstellen entwickeln. Immerhin sind die Besuchsgenehmigungen im grenznahen Bereich für die Benutzung von Kraftfahrzeugen inzwischen auf 85 vH. angestiegen und auch der so wesentlich gesteigerte Berlin-Verkehr auf den Transitstrecken hat gewisse stimulierende Wirkungen.

Probleme gibt es dennoch im Zonengrenzraum mehr als genug. Der Rückzug der Bundesbahn aus der Fläche reißt hier besonders tiefe Wunden. Die dünne Besiedlung und Verkehrsdichte ist der schlimmste Feind jeder leistungsstarken Verkehrsentwicklung. Obwohl das Netz der Bundes- und Landesstraßen meist recht gut ausgebaut ist, hört man immer wieder den Ruf nach neuen Autobahnstrecken. Auch die Konzepte über den Abbau der Nebenlinien der Bundesbahn und besonders das neue Konzept zur Stückgutabfertigung waren unsere ständigen Wegbegleiter während der Fahrt. Was soll man schließlich auch sagen, wenn Entfernungen bis zur nächsten Stückgutabfertigung bis zu 120 Kilometer errechnet werden oder man von Schleswig-Holstein mit dem Stückgut bis in die Hamburger City muß? Was kann man aber auch den Experten der Bundesbahn entgegenhalten, wenn sie dann die mageren Tonnenzahlen aufzählen, die in den bisherigen Stückgutabfertigungen aufkommen? Dennoch will sich der Ausschuß noch einmal mit der Bundesbahn zusammensetzen und prüfen, was man zur Lösung dieser schwierigen Probleme unternehmen kann.

Probleme gibt es auch noch bei der Wahl der Schwerpunkorte. In dem dünnbesiedelten Zonenrandraum gibt es, obwohl der Raum als Ganzes Fördergebiet ist, Kreise, in denen kein einziger Ort der höchsten Förderstufe vorhanden ist. Das bedeutet Pendlerentfernungen von 40 oder 50 Kilometern und mehr und belastet die Bevölkerung, gibt Anreiz zur Abwanderung aus diesen Teilen des Gebietes. Wer einmal kennen lernen will, was an besonderen Problemen in diesem Raum vorhanden ist, der sollte nach Schnackenburg fahren. 80 Kilometer beträgt der Schulweg der Kinder der kleinsten Stadt Niedersachsens, die weiterbildende Schulen besuchen. Kein Arzt am Ort, er kommt nur zweimal die Woche und auch dann nur, um festzustellen, wer zu ihm zur Untersuchung in die Praxis muß. Trotz aller staatlichen Hilfsmaßnahmen gibt es im Zonenrandgebiet noch mehr Orte mit ähnlich extremen Schwierigkeiten.

Aber dennoch, wenn man die Bilanz der Reise zieht, so kann man nicht an der Tatsache vorbei, daß es in den letzten Jahren in diesem Raum ein erhebliches Stück weitergegangen ist. Aber Hilfe braucht das Zonenrandgebiet auch in Zukunft. Nicht weil es Grenzland ist, davon gibt es auch in anderen Teilen der Bundesrepublik manches Gebiet; aber keines steht einer so unmenschlichen Grenze gegenüber, die hermetisch abgedichtet ist und immer wieder neue Probleme aufwirft.

(-/18.9.1974/ks/pr)

+ + +

Märchenerzähler am Werk

Gutes Einvernehmen zwischen hessischem Sozialministerium und BGS

Von Rudi Walther MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses des Bundestages für den BGS

"Wird die Bundesregierung den Bundesgrenzschutz gegen die Angriffe des hessischen Landesjugendamtes schützen, daß dieser den Besuchergruppen an der Zonengrenze ein einseitiges Feindbild vermittele und sich der Sprache und Denkweise des Kalten Krieges bediene?" fragte der zur jungen Rechtsaußengarde zählende CDU-Abgeordnete Horst Schröder (Lüneburg) am Mittwoch die Bundesregierung. Und die CDU-Nachrichten für den BGS (Verantwortlich: der zur Schröder-Kategorie zählende CDU-MdB Böhm) stellen die Behauptung auf, das hessische Landesjugendamt "atreiche neuerdings die Zuschüsse für Informationsreisen Jugendlicher an die innerdeutsche Grenze, falls sich die Gruppen bei der Besichtigung der kommunistischen Sperranlagen von Beamten des BGS führen" lassen. Und weiter im Böhm-Pamphlet: "Gemeinsam haben der Beauftragte der hessischen Landesregierung für das Grenzgebiet zur DDR", Ex-MdL Hans-Otto Weber (SPD), Vertreter des hessischen Landesjugendamtes und der hessischen Landeszentrale für politische Bildung die unglaubliche Behauptung aufgestellt, der BGS vermittele bei seinen Führungen ein 'Feindbild' und habe die 'Vorstellungen des Kalten Krieges' noch nicht überwunden."

All' dies geschah, nachdem der hessische Sozialminister Dr. Horst Schmidt alle dementsprechenden Behauptungen sofort und kategorisch dementiert hatte. Was ist nun wirklich geschehen?

1/ In einer Tagung der hessischen Landeszentrale für politische Bildung im April 1974 wurde beim Erfahrungsaustausch von den Vertretern der "Informations- und Betreuungsstellen", das sind die zuständigen Abteilungen der Landkreise, an der Art der Information durch den BGS Kritik geübt. Diese Kritik stützte sich dabei auf Äußerungen von Gruppen, die vom BGS geführt

wurden. Kein Vertreter der hessischen Landesregierung hat sich jedoch diese Kritik zueigen gemacht.

2/ In der Neuauflage des Merkblattes des Landesjugendamtes für Besuchergruppen wurde nach dem Hinweis, daß die Betreuung durch die zuständige Betreuungsstelle (Landkreise) bescheinigt werden müsse, in einem Klammersatz darauf aufmerksam gemacht, daß Bescheinigungen durch den BGS nicht ausreichen. Dieser Hinweis hat den Zweck, Irrtümer bei den Zuschußempfängern und damit unnötige Schwierigkeiten bei der Auszahlung der Zuschußbeträge zu vermeiden. Nach den Richtlinien der Bundesregierung muß nämlich die Betreuung durch die zuständige Betreuungsstelle im Grenzgebiet bescheinigt werden.

Diese sachlichen Feststellungen machen deutlich, daß von den CDU-Münchhauslügen kein wahres Wort übrig bleibt. Weder haben hessische Behörden den BGS angegriffen noch sind irgendwelche Zuschußmittel gestrichen worden. Im Gegenteil hat der hessische Sozialminister öffentlich deutlich gemacht, daß er die Beteiligung des BGS an der Durchführung von Besucherprogrammen für selbstverständlich hält. Die hessische Landesregierung hat darüber hinaus vor wenigen Tagen eine gemeinsame Tagung von Vertretern des hessischen Sozialministeriums und des BGS durchgeführt, wobei volle Übereinstimmung darüber erzielt wurde, daß Betreuungsstellen, BGS und Zoll bei den Führungen an der Grenze eng zusammenarbeiten sollten. Deshalb soll baldmöglichst eine gemeinsame schriftliche Konzeption erarbeitet werden. Gemeinsame Tagungen und Meinungsaustausche aller Beteiligten sollen die Zusammenarbeit noch effektiver machen.

Warum also das ganze Theater? In Hessen sind in Kürze Landtagswahlen. Da meint man, durch eine solche Kampagne auch Beamte des BGS verunsichern und als Rechtswähler gewinnen zu können. Denn auch beim BGS hat sich langsam herumgesprochen, daß erst die sozialliberale Koalition in Bonn für ihn eine vernünftige Reformkonzeption erarbeitet und in Gang gebracht hat.

(-/18.9.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller